Multinationale Unternehmungen

Autor(en): **Jung, Volker / Koubek, Norbert / Piehl, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **64 (1972)**

Heft 2

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-354546

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Multinationale Unternehmungen

«Aspekte der Gewerkschaftspolitik in Westeuropa» heisst eine Gemeinschaftsarbeit von *Volker Jung, Norbert Koubek, Ernst Piehl* und *Ingrid Scheibe-Lange*, die in den Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der deutschen Gewerkschaften im Oktober 1971 erschienen ist. Als Kostprobe aus dieser fundierten Arbeit publiziert die Gewerkschaftliche Rundschau den kurzen aber wichtigen Abschnitt über die multinationalen Unternehmungen, wobei auf die Wiedergabe der Fussnoten verzichtet wird. Die Autoren verstehen unter multinationalen Unternehmungen «insbesondere Uebernahmen und Fusionen, Beteiligungen und Gründungen gemeinsamer Tochtergesellschaften zwischen Unternehmen verschiedener Nationalität».

Die *multinationalen Unternehmungen* in Westeuropa stellen eine wachsende Macht gegenüber den Gewerkschaften dar. Diese Macht stellt die Gewerkschaften vor eine Reihe von Problemen.

Zunächst ergibt sich für die Gewerkschaften die Aufgabe, die Gremien zu identifizieren, in denen die eigentlichen Entscheidungen der multinationalen Unternehmen getroffen werden. Formaljuristischer Aufbau und die tatsächlichen Organisationsverhältnisse dekken sich nämlich bei multinationalen Unternehmen nie. Weiterhin ist nicht sichergestellt, dass die Gewinn- und Verlustrechnungen der Unternehmen mit den im nationalen Rahmen üblichen Bewertungsmassstäben der unternehmerischen Entscheidungen vergleichbar sind. Von den multinationalen Konzernen werden sowohl die Nivellierung von Gewinnen als auch die Transferierung in Staaten mit geringerer Besteuerung praktiziert.

Für die Gewerkschaften von noch grösserer Bedeutung ist die Tatsache, dass die zentralen Führungsgremien der einzelnen Konzerne «Leitlinienpolitik» betreiben, die Richtlinien nicht nur für die Geschäftspolitik, sondern auch für die Lohnpolitik der abhängigen Unternehmen festlegt.

Die stärkste Waffe der multinationalen Unternehmen gegenüber den Gewerkschaften – schon unter mittelfristigem Aspekt – ist die Möglichkeit, die Produktion von einem Teilbetrieb in einem Land in einen Teilbetrieb in einem anderen Land zu verlegen. Allein die Drohung mit diesen Machtmitteln kann in Arbeitskämpfen die erwünschten Effekte gegenüber den Organisationen der Arbeitnehmer erzielen.

In dieser Situation, die durch den Machtvorsprung der multinationalen Unternehmen geprägt ist, bleibt den Gewerkschaften keine andere Wahl, als sich der Herausforderung zu stellen. Dabei hat sich in der Vergangenheit neben der Internationalen Föderation der Chemiearbeiter besonders der ehemalige «Europäische Ausschuss der Metallgewerkschaften» hervorgetan, der am 29. bis 30. Juni 1971 in den «Europäischen Metallgewerkschaftsbund (EMB)» umgewandelt wurde. So führten seine Vertreter mehrere Gespräche mit der

Geschäftsführung des Philips-Konzerns. Weitere Kontakte wurden zu den Konzernen Fiat-Citroën und Fokker-VFW hergestellt. Ziel dieser Gespräche ist es, die «Solidarität der Arbeitnehmer aller Betriebe zu fördern, die gewerkschaftliche Verhandlungsposition in den Betrieben zu stärken und Absprachen mit den zentralen Direktionen zu vereinbaren».

Wenn sich auch die hergestellten Kantakte bislang strikt auf wechselseitige Informationen beschränken, so verdient doch zumindest das Beispiel des *Philips-Konzerns* eine detailliertere Darstellung. Das erste Gespräch im Herbst 1967 war vor allem dazu bestimmt, Kontakte zu knüpfen. Die beiden weiteren Gespräche im Juni 1969 und September 1970 hatten eine Anzahl von konkreten Themen zum Inhalt, die von den Gewerkschaftsvertretern detailliert vorbereitet wurden. Diese forderten vor allem Informationen von der Zentraldirektion Philips. Ausserdem schlugen sie die Schaffung eines «Ständigen Komitees für Kontakt und Diskussion» (Comité permanent de contact et de discussion) vor, was von den Vertretern des Philips-Konzerns jedoch bisher nicht akzeptiert wurde. Diese Frage soll beim vierten Gespräch wieder aufgenommen werden. Der Wille beider Seiten, diese Art von Gesprächen fortzuführen, kann als das erste praktische Resultat festgehalten werden. Das zweite Resultat ist die Zusage der Vertreter des Philips-Konzerns, die Gewerkschaften «zu geeignetem Zeitpunkt» über die voraussehbare Geschäftsentwicklung – insbesondere über Investitionen und Beschäftigung – zu unterrichten. Diese Zusage wurde erstmals Ende 1970 eingehalten, als der Metallausschuss eine Uebersicht über die Geschäftslage des Philips-Konzerns erhielt. Allerdings würde sich diese Informationspolitik lediglich als Mittel zur Ueberwindung von Konzernkrisen erweisen, wenn sich Informationen bestätigen sollten, dass Philips noch im Jahre 1971 20 000 Arbeitnehmer zu entlassen beabsichtigt.

Nach diesem Beispiel aus der Praxis einer im Ansatz formulierten gewerkschaftlichen Konzernpolitik auf europäischer Ebene soll abschliessend auf die Schlussfolgerung eingegangen werden, die der EBFG-Exekutivausschuss aus der Jahresversammlung vom Oktober 1970 gezogen hat. Der Exekutivausschuss hat den Gewerkschaftsausschüssen im EBFG empfohlen,

«– den Entscheidungsspielraum der einzelnen Unternehmungsleitungen gegenüber der zentralen Leitung des Konzerns zu ermitteln;
– fördernd auf die Bildung paritätischer Ausschüsse einzuwirken;
– Absprachen oder Abmachungen mit den Konzernleitungen bzw. den einzelnen Unternehmensleitungen zu vereinbaren».

Ausserdem wurden neun Punkte zusammengestellt, die die Grundlage zur Verwirklichung dieser Ziele bilden sollen. Dabei geht es um die Erfassung von konzernbezogenen Daten und Plänen der Betriebe, um Schutzbestimmungen für die Arbeitnehmer und Solidari-

tätsaktionen bis hin zum Streik in multinationalen Unternehmen. Einige Streikerfahrungen in multinationalen Unternehmen konnten bereits gesammelt werden. So wurden z. B. ab Oktober 1969 in Mailand die Betriebe des *Pirelli-Konzerns* bestreikt. Die Konzernleitung weigerte sich vier Monate lang, über die gewerkschaftlichen Forderungen zu verhandeln. Sie versuchte, den Streik durch die Verlagerung der Produktion in andere Länder zu brechen. Das konnte jedoch durch die Internationale Föderation von Chemie- und Fabrikarbeiterverbänden (ICF) verhindert werden, die alle gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer der Betriebe des Pirelli-Konzerns im Ausland mit Erfolg aufrief, die Streikenden in Mailand zu unterstützen. Die Arbeitnehmer der ausländischen Betriebe verweigerten Ueberstunden und Sonderschichten, so dass die Konzernleitung schliesslich gezwungen war, Verhandlungen mit den Gewerkschaften in Mailand aufzunehmen und deren Hauptforderungen zu erfüllen.

Zeitschriften-Rundschau *(Otto Böni)*

Die soziale Lage im Ostblock

«Arbeit und Sozialpolitik» ist eine in Düsseldorf erscheinende Monatsschrift. Ihre Doppelnummer 10/11 hat sie der sozialen Lage in den Ostblockstaaten gewidmet. Im Gegensatz zu den häufig publizierten, recht oberflächlichen Vergleichswerten betreffend die soziale Lage in Ost und West enthält dieses Heft fundiertes Zahlenmaterial über Renten, Löhne und Preise. Im ersten Beitrag befasst sich Dr. Peter Mitzscherling, Berlin, mit der sozialen Sicherung in der DDR. Er orientiert dabei über Alters-, Invaliditäts-, Witwen- und Waisenrenten, gibt Auskunft über Organisation, Finanzierung und Leistungen und stellt schlussendlich Vergleiche zwischen den monatlichen Durchschnittsrenten der Sozialversicherung in der DDR und der Bundesrepublik der Jahre 1957 bis 1969 an. Sodann befasst sich Mitzscherling unter der Ueberschrift «Die DDR hält nicht Schritt» in einem ausführlichen Beitrag, versehen auch hier mit viel Zahlenmaterial, mit der «Sozialstruktur, Lohngestaltung und Einkommensentwicklung in der DDR». Dr. Heinrich Vogel erläutert in einem weiteren Beitrag «Die Entwicklung der Realeinkommen in der UdSSR». Einige positive und viele negative Aspekte vermittelt eine Arbeit von Hans Bernhard Sand, Köln, über die Krankenversicherung in der Sowjetunion. Mehr impressionenhaft als wissenschaftlich sind die Reiseskizzen «Polen - heute» aus der Feder von Dr. Hanns Meenzen. Mit «Lebensstandard und sozialer Sicherheit in der CSSR» befasst sich ein Beitrag der Autoren Franz-Lothar Altmann und Jiri Slama, München. Die darin veröffentlichten Vergleichszahlen beschränken sich nicht auf die üblichen Klischees; die Verfasser begnügen sich nicht damit auszurechnen, wie viele Arbeitsstunden man hier und dort für ein bestimmtes Produkt zu leisten hat, sondern geben vielmehr einen ziemlich umfassenden Ueberblick über den Lebensstandard der letzten Jahre in der Tschechoslowakei. Das umfangreiche Heft wird abgeschlossen durch zwei Arbeiten, die Einblicke in die soziale Lage Ungarns und Jugoslawiens vermitteln.

Chruschtschews Testament verrät menschliche Grösse

Das *«Wiener Tagebuch»* (Januar) veröffentlicht einen Brief aus Moskau, dem